

## **Die Geheimnisse der Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe und ihre Bedeutung für die globale Wasserkrise**

Ein Interview mit Thomas Rudek\* vom „Berliner Wassertisch“

Vor zehn Jahren wurde mit dem Verkauf von Anteilen an den Berliner Wasserbetrieben über eine Holding die größte Teilprivatisierung eines Wasserversorgers innerhalb der Europäischen Union durchgesetzt - ein Vorgang, der von vielen gesellschaftlichen Gruppen wie Mieterorganisationen, der Verbraucherzentrale Berlin, Gewerbetreibenden und Umweltorganisationen als schwerer Fehler bezeichnet wird. Die Bürgerinitiative „Berliner Wassertisch“ konnte im letzten Jahr fast 40.000 Unterschriften für ein Volksbegehren sammeln, welches sich für die Offenlegung von Geheimverträgen einsetzt. Der Senat will das Volksbegehren nicht zulassen, weil es gegen die Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse verstößt. Gegen die Ablehnung hat die Bürgerinitiative vor dem Berliner Verfassungsgerichtshof Beschwerde eingelegt. Das Urteil steht noch aus.

Lou Brass: Warum ist es so schwierig, diesen Fehler zu korrigieren und die Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe aufzuheben?

Thomas Rudek: Den Konzernen RWE und Veolia sind für ihren Einstieg traumhafte Renditen vertraglich zugesichert worden, und zwar nicht auf den 1999 gezahlten Betrag in Höhe von 1,68 Mrd. Euro, sondern auf das betriebsnotwendige Kapital. Dieser unbefristete Geheimvertrag mit einer zugesicherten Jahresrendite ist für RWE Aqua und Veolia Wasser eine Gelddruckmaschine, die sie natürlich nicht abstellen wollen. Darum ist die Offenlegung der Vertragsdokumente so wichtig. Erst durch eine Offenlegung wird eine unabhängige Überprüfung der juristischen Zulässigkeit der umstrittenen Vertragsdokumente möglich. Erst wenn es gelingt, die Geheimverträge außer Kraft zu setzen, ist der Weg frei für eine kostengünstige, bürgernahe Rekommunalisierung.

LB: In der Tageszeitung „junge welt“ wurden anlässlich des diesjährigen Weltwassertages Passagen aus dem umstrittenen Geheimvertrag veröffentlicht.\*\* Wie geheim ist dieser Vertrag wirklich?

TR.: Uns sind nur einzelne, juristisch jedoch äußerst brisante Passagen bekannt und die wurden veröffentlicht. Wichtig ist jedoch, dass der gesamte Vertrag mitsamt seinen Änderungsvereinbarungen und Nebenabsprachen veröffentlicht wird, denn erst dann ist eine juristisch seriöse Prüfung möglich. Des Weiteren besteht auch ein nicht öffentlich zugänglicher Leitungsvertrag, in dem den Konzernen zu 100 Prozent die kaufmännische und technische Leitung zugesichert wurde, obwohl sie nur 49,9 Prozent der Anteile halten!

LB: Was ist an den bekannten Passagen aus dem Vertrag so brisant?

TR.: Zunächst ist es auffällig, dass der Vertrag auf unbestimmte Zeit abgeschlossen ist und kein Kündigungsgrund enthält. Entscheidend ist jedoch der Art. 23 Abs. 7, der eine hohe Gewinngarantie für die privaten „Partner“ enthält. Juristisch problematisch ist der enthaltene Freibrief in diesem Artikel: Die Profitinteressen der Konzerne werden für nicht antastbar erklärt, d.h. egal was der Gesetzgeber beschließt oder das Verfassungsgericht für rechtsverbindlich erklärt, die Gewinngarantie der Konzerne bleibt hiervon unberührt. Vertragsrechtliche Vereinbarungen, die unserem Rechtsempfinden nach als kriminell bezeichnet werden müssen, werden unter dem Deckmantel der „Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse“ außerhalb des Rechtsstaates gestellt. Dadurch werden auch Auflagen des Berliner Verfassungsgerichtshofes unterlaufen.

LB: Auf der kürzlich stattgefundenen Wasser-Messe in Berlin waren auch RWE und Veolia vertreten. In Broschüren konnte man lesen, dass die Vertragsdokumente der parlamentarischen Kontrolle unterliegen.

TR: Jeder Abgeordnete, der die Unterlagen lesen möchte, muss in einen Datenraum ohne Verbindung zur Außenwelt. Zuvor muss er eine Verschwiegenheitsklausel unterschreiben, das bedeutet, er darf mit niemandem darüber reden, was er gelesen hat. Wenn Abgeordnete dagegen verstoßen, dann können millionenschwere Regressforderungen die Folgen sein. Das Parlament hat neben der Gesetzgebungs- und Kontrollfunktion vor allen eine Informationsfunktion. Die Informations- wie Kontrollfunktion des Parlaments werden durch solche Verschwiegenheitsklauseln außer Kraft gesetzt. Die erwähnte Darstellung der Konzerne ist Bestandteil einer hochgradig manipulativen Öffentlichkeitsarbeit, die mit Halbwahrheiten versucht, die Bevölkerung hinters Licht zu führen.

LB: Sie kritisieren, dass infolge der Teilprivatisierung in Berlin die Wasserpreise enorm gestiegen seien. Die Berliner Wasserbetriebe stellen hingegen dar, dass sie im oberen Mittelfeld liegen.

TR: Die Tatsache, dass im internationalen Städtevergleich in Berlin mit die höchsten Wasserpreise gezahlt werden, wurde im Herbst letzten Jahres durch eine Untersuchung der NUS Consulting bestätigt. Dieser objektiv feststellbare Sachverhalt wird nicht nur von unserer kleinen Bürgerinitiative beklagt, sondern von Berliner Mieterorganisationen, der Verbraucherzentrale Berlin, dem größten Wohnungsunternehmensverband BBU, der

Industrie- und Handelskammer und vielen anderen Organisationen. Die teilprivatisierten Berliner Wasserbetriebe vergleichen Äpfel mit Birnen. Selbstverständlich gibt es Gemeinden, in denen die Wasserpreise höher als in Berlin ausfallen. Das hängt mit der Durchsetzung überdimensionierter Planungsvorhaben zusammen, die über die Köpfe der Gemeindemitglieder getroffen worden sind und in denen die demografische Entwicklung in den betroffenen Kommunen nicht berücksichtigt wurde.

LB: Hinsichtlich der demografischen Entwicklung ist von den Berliner Wasserbetrieben im letzten Jahr ein Wasserversorgungskonzept vorgestellt worden, indem die Versorgungssicherheit Berlins bis zum Jahr 2040 auch im Fall sinkender Geburten und eines rückläufigen Bevölkerungswachstums vorhergesagt wurde.

TR: Entscheidend ist, wie sich bis zum Jahr 2040 die Wasserpreise entwickeln werden. Doch genau diese Prognose fehlt! Wir haben bereits jetzt das Problem, dass immer mehr Menschen in Berlin von Armut betroffen sind und viele nicht wissen, wie sie die steigenden Mieten bezahlen können. Nehmen wir das Beispiel der Mietkosten Hartz IV betroffener Menschen. Diese Obergrenzen angemessener Wohnkosten sind sehr knapp bemessen. Viele Menschen versuchen, einem Umzug zu vermeiden, indem sie an den Betriebskosten sparen.

LB: Das bedeutet, in den Wohnungen wird im Winter nicht geheizt und am Wasser wird gespart?

TR: Richtig. Aus der Mieterberatung sind mir Fälle bekannt, wo beispielsweise eine allein erziehende Mutter einmal in der Woche badet. Zuerst darf ihr Sohn baden, anschließend steigt sie in die Wanne. Danach wird das Wasser nicht abgelassen, sondern für die Toilettenspülung benutzt. Des Weiteren liegt uns eine Grafik von den Berliner Wasserbetrieben vor, aus der hervorgeht, dass es sich hier nicht um einen beklagenswerten Einzelfall handelt, sondern dass es mehrere Bezirke gibt, in denen der Trinkwasserverbrauch pro Haushalt dramatisch zurückgegangen ist. In anderen europäischen Städten wie Ankara ist man dazu übergegangen, die Wasserzähler mit einem Prepay-System auszustatten. Diese Systeme müssen an Geldautomaten aufgeladen werden und wenn 100 türkische Lira aufgebracht worden sind, fließt kein Wasser mehr. Auch in England sind solche Fälle bekannt. Und aus Thüringen wurde berichtet, wo Personen, die in der Schuldnerberatung sind, sich auch „freiwillig“ für die Installation von Prepay-Systemen in ihrem Haushalt entschieden haben.

LB: Auf dem fünften Weltwasserforum in Istanbul haben sich auch viele Privatisierungsgegner getroffen, um gegen die profitorientierte Kommerzialisierung des Wassers zu protestieren.

TR: Das Weltwasserforum ist eine Einrichtung, in der es um die kommerzielle, profitorientierte Wasserversorgung geht. Das spiegelt sich auch in der personellen Zusammensetzung der Teilnehmer wieder. Wir befürchten, dass die Berliner Teilprivatisierung, genauer das Tarifmodell einer risikominimierten Gewinnsicherung im wahrsten Sinne des Wortes verkauft bzw. exportiert wird und als betriebswirtschaftliche und juristische „Blaupause“ exportfähig gemacht werden soll. Wenn jedoch dieses Modell mit samt seinen geheimvertraglichen Vereinbarungen von Seiten der Wasserversorger zur Richtschnur erhoben wird, dann wird sich die Investitionsbereitschaft nur auf solche Länder und Regionen beschränken, in denen diese Renditen erzielt werden können. Zugespitzt formuliert: Die kommerzielle, profitorientierte Wasserversorgung wird von einigen Vertretern der deutschen Wasserwirtschaft als Instrument eingesetzt, um die Entwicklung der Weltbevölkerung demografisch zu beeinflussen.

LB: Verstehe ich Sie richtig? Sie vermuten, dass die Frage um die Regulierung der Wasserversorgung ein Instrument ist, um die Lebenserwartung von Menschen in Entwicklungsländern zu verringern?

TR: Die Umweltpädagogin Karo Katzmann hat in ihrem „Schwarzbuch Wasser“ genau diesen bewusst kalkulierten Sachverhalt durch einen Vergleich auf den Punkt gebracht. Sie schreibt: „Wenn täglich 6000 Kinder an Durchfallerkrankungen sterben, weil der Zugang zu sanitären Einrichtungen fehlt, dann entspricht das

- einem Absturz eines voll besetzten Jumbojets alle 90 Minuten
- zweimal täglich einem Terroranschlag, vergleichbar mit jenem von 9/11“.

Ist es nicht grotesk, dass unser Empfinden, unser Mitgefühl von den Massenmedien auf die Einzeltat von jugendlichen Amokläufern kanalisiert wird, aber uns das tägliche Massensterben tausender Kinder nicht berühren soll? Gleichzeitig setzen Konzernvertreter ihre kriminelle Energie ein, um ihre Renditeerwartungen in Deutschland als globales Exportmodell auf den Rest der Welt zu übertragen – nach dem Motto: Wir investieren nur dort, wo wir genau so viel erhalten, wie in Berlin oder in Dubai.

LB: Wie könnte das Problem auf der globalen Ebene gelöst werden?

TR: Das westliche Modell einer individuellen, gebührenfinanzierten Wasserversorgung ist auf arme Länder nicht übertragbar. Durch eine in allen Ländern zu erhebende solidarische Wassersteuer, die auf alle Einkommensarten zu entrichten wäre, also auch auf die Einkommen aus Kapitalerträgen, könnte die Summe für die erforderlichen Investitionen in armen Ländern problemlos bereitgestellt werden. Von der Beauftragung auszuschließen wären auf jeden Fall Kapitalgesellschaften wie Firmen, deren Bewertungen über einen Rohstoff-Fund am Kapitalmarkt laufen. Entscheidend ist vor allem, die Betroffenen vor Ort in die Entwicklung regionalen Wassersysteme einzubeziehen.

Des Weiteren wären klare Vorgaben an eine transparente, verständliche Rechnungsführung zu stellen wie umfassende Kontrollen durch Korruptionsbeauftragte zu gewährleisten, die von einer unabhängigen internationalen Organisation zu benennen wären. Und selbstverständlich gehören alle relevanten Dokumente veröffentlicht! Geheimhaltung hat im Bereich der Wasserversorgung nichts verloren.

LB: Womit wir wieder in Berlin wären. Welche Möglichkeiten gibt es für die Berliner Bevölkerung?

TR.: Der ehemalige hessische Wirtschaftsminister Dr. Alois Riehl hat sein Landeskartellamt angewiesen, die Wasserpreise der hessischen Wasserversorgung zu überprüfen. Dabei herausgekommen sind mehrere Preissenkungsverfügungen, die auch gerichtlich bestätigt worden sind. Wir haben dem Wirtschaftssenator Harald Wolf in einem offenen Brief nahegelegt, entsprechend zu verfahren. Leider haben wir bis zum heutigen Zeitpunkt keine Antwort auf unseren offenen Brief erhalten.

LB: Welche Möglichkeiten sehen Sie, um gegen die Teilprivatisierung zu mobilisieren?

TR.: Uns ist es wichtig, dass wir unsere Öffentlichkeitsarbeit in den Bezirken und Schulen verstärken und wir uns besser vor Ort, also in Berlin vernetzen. Unter dem Titel „Die Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe und ihre Geheimnisse“ bieten wir in Schulen und Bezirken wie für gesellschaftlich interessierte Gruppen Informationsveranstaltungen an. Ganz besonders zu erwähnen ist die Theatergruppe „Berliner Compagnie“, die mit ihrem Theaterstück „Das blaue Wunder“ sehr unterhaltsam Aufklärungsarbeit über die Privatisierung und Kommerzialisierung der Wasserversorgung leistet, wie die Grüne Liga Berlin, die uns mit ihrer Infrastruktur vorbildlich unterstützt und auch ein gemeinnütziges Spendenkonto für unsere Arbeit eingerichtet hat.

Doch das Wichtigste ist und bleibt die Vernetzung: Und hier ist jeder Einzelne gefordert, seine Kontakte zu nutzen, um bei einem Volksbegehren mitzumachen. Sowohl der persönliche Freundeskreis wie der Kontakt zum Bäcker, zum Kaffeekränzchen, Tanzverein: Wir benötigen Adressen von Menschen und Organisationen, wo unsere Infomaterialien und Plakate ausgelegt werden können, damit bei der zweiten Stufe unseres Volksbegehrens viele Menschen unseren Gesetzentwurf mit ihrer Unterschrift unterstützen können. Denn ich bin überzeugt, dass wir mit den Instrumenten der direkten Demokratie die notwendigen Veränderungen herbeiführen können!

LB: Was werden Sie unternehmen, sollte der Berliner Verfassungsgerichtshof der Meinung der Berliner Regierung folgen und das Volksbegehrengesetz zur Offenlegung ablehnen?

TR (lacht): Wir nutzen die Zeit und erarbeiten gerade ein neues Volksbegehrengesetz. In diesem Gesetzentwurf werden die Bedenken des Senats berücksichtigt, nicht aber die Gewinninteressen von RWE Aqua und Veolia Wasser. Es gibt ja immer mehrere Möglichkeiten, sich zur Wehr zu setzen. Dafür ist lediglich Fantasie und Zeit erforderlich. Für die Umsetzung unserer Problemlösungen in die Realität sind wir jedoch auf Spenden dringend angewiesen. In diesem Zusammenhang sei mir der Hinweis auf unser gemeinnütziges Sonderkonto bei der Grünen Liga Berlin erlaubt.\*\*\*

LB: Herzlichen Dank für das Gespräch und die interessanten Anregungen!

*Das Interview führte Lou Brass*

\* Thomas Rudek, Jahrgang 1961, Politikwissenschaftler, Privatisierungskritiker und gemeinsam mit der Juristin Sabine Finkentheiß verantwortlich für das Volksbegehren „Schluss mit Geheimverträgen – Wir Berliner wollen unser Wasser zurück“ des Berliner Wassertisches (Kontakt: [ThRudek@gmx.de](mailto:ThRudek@gmx.de) / Tel.: 030 / 261 33 89)

\*\* In ihrer Ausgabe vom 21./22. März 2009, Seite 3, dokumentierte die „junge welt“ Auszüge aus dem Geheimvertrag zur Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe vom Oktober 1999.

\*\*\* Kontoinhaber: Grüne Liga Berlin - Kontonummer: 3060508 - Bank für Sozialwirtschaft - BLZ: 100 205 00 - Kennwort: Berliner Wassertisch

**Weitere Informationen unter: [www.berliner-wassertisch.net](http://www.berliner-wassertisch.net)**